

Die »Rote Karte« für die Bahn

Bürgerinitiativen warben auf Kundgebung in Freiburg für Verwirklichung der »Bürgertrasse«

Der Protest gegen die Bahnplanung für ein drittes und viertes Gleis auf der Rheintalbahnlinie zwischen Offenburg und Basel rollt weiter auf breiter Front.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
KARL-HEINZ ZURBONSEN

Freiburg. Rund 2000 Demonstranten, die sich am Samstag auf Einladung von sieben Bürgerinitiativen (IG Bohr) nach einem Sternmarsch zu einem unterhaltsamen Happening mit Blasmusik, Trillerpfeifen, Transparenten und Parolen auf dem Freiburger Augustinerplatz versammelten, haben der Bahn AG die »Rote Karte« gezeigt und sie zur Verwirklichung der Mensch und Umwelt schonenden sogenannten Bürgertrasse »Baden 21« aufgefordert. Vom Land verlangten die Sprecher der IG Bohr, Roland Diehl (Hartheim) und Adalbert Häge (Freiburg), »Baden 21 gleichrangig wie Stuttgart 21« zu behandeln.

Vor einem Jahr hatte der IG-Bohr-Protest gegen die Bahnpläne im Oberrheinland Premiere. Damals kamen rund 3500 bis 4000 Teilnehmer nach Offenburg. Diesesmal waren es ungefähr 2000 Teilnehmer aus der Ortenau, aus dem Breisgau und vor allem aus dem Markgräflerland. Mit der zweiten Großkundgebung innerhalb von zwölf Monaten setzten die sieben Bürgerinitiativen der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein (IG Bohr) in erster Linie ein weiteres Signal gegen die bisherige Trassenplanung der Bahn AG zum Bau des dritten und vierten Gleises auf der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel. Sie haben damit den politischen Druck auf die Bun-

desregierung in Berlin und damit die Chancen für eine Verwirklichung der angestrebten Bürgertrasse entlang der Autobahn A 5 spürbar erhöht.

Diese Botschaft ist nach Einschätzung von Freiburgs SPD-MdB Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, beim Bund angekommen. »Es lohnt sich weiterzumachen«, empfahl Erler der IG Bohr, die Region müsse zusammen stehen, um ihre Alternativen durchsetzen zu können. Diese Demonstrationen der Bürger sollten aber auch die Willensbildung in drei noch nicht auf die Bürgertrasse eingeschwenkten Gemeinden beeinflussen. Es sei ganz wichtig, so Offenburgs Bürgermeistermeister Dieter Eckert (CDU), dass die Region zukünftig mit einer Stimme spreche. Dazu wird es nach Einschätzung der Sprecher der IG Bohr schon bald kommen. Sie wiesen darauf hin, dass mit dem neu geschaffenen Konzept »Baden 21« schon in wenigen Wochen eine von allen Städten und Gemeinden am südlichen Oberrhein unterstützte Alternativplanung vorliegen werde, die sofort umgesetzt werden könnte.

Güterzugzahlen

Landesfinanzstaatssekretär Gundolf Fleischer (CDU) sprach auf dem Augustinerplatz in Freiburg, Ministerpräsident Günther Oettinger werde sich an die Spitze des Bürgerprotestes setzen, wenn die Ergebnisse der vom Regierungspräsidium Freiburg in Auftrag gegebenen Gutachten über die im Jahre 2025 zu erwartenden Güterzugzahlen auf der Rheintalbahnlinie eine Umplanung der von der Bahn vorgelegten Trassenführung notwendig machen würden. Bürgermeister Ernst Schillinger

STICHWORT

Bürgerprotest

Zu den Bürgerinitiativen, die sich an der Großkundgebung beteiligten, gehören die BI Bahntrasse in Offenburg, die BI Auto-Bahn-Trasse Lahr, die BI Bahnärm Mahlberg/Orschweier, die BI Bahn Ringsheim, die BI Bürgerprotest Bahn Herbolzheim/Kenzingen, die BI Igel in Freiburg und MUT im

Markgräflerland/Bad Krozingen. Sie vertreten insgesamt rund 15 000 Mitglieder; dazu kommen vier weitere Bürgerinitiativen am Hochrhein mit rund 3000 Mitgliedern. Gegen die Bahnplanung am Oberrhein haben zwischenzeitlich schon über 20 000 Bürger Einsprüche eingelegt. **kaz**

aus Herbolzheim forderte das Regierungspräsidium Freiburg auf, die von Bürgerinitiativen und Kommunen favorisierte autobahnahe Streckenführung der »nur bürgerfeindlichen Bahnplanung« vorzuziehen. Vom Ministerpräsidenten verlangte Schilling, sein Wort nicht nur bei »Stuttgart 21« zu halten. Der Aufmarsch in Freiburg habe eindrucksvoll belegt, dass die Bevölkerung die bisherige Planung zwischen Offenburg und Buggingen ablehne und nicht hinnehmen werde, bilanzierte Adalbert Häge, Sprecher der IG Bohr. Enttäuscht war er von der Stadt Freiburg, deren politische Führung eine Teilnahme an der Kundgebung abgesagt hatte.

Vor wenigen Monaten hatten die Bahnprotestler am südlichen Oberrhein ihre Vorschläge für eine »Konsenstrasse« zwischen Offenburg und Basel in »Baden 21« umgetauft, um sich mehr Gehör bei Bund und Bahn für ihre Forderungen nach einer »menschen- und umweltfreundlichen Trassenplanung« zu verschaffen. »So werden wir besser wahrgenommen«, betonte Roland Diehl (Hartheim), »wir können uns eher politisch durchsetzen.« Der noch nicht von allen Gemeinden absegnete Vorschlag sieht die Untertunnelung Offenburgs und eine Streckenführung weitgehend in Tieflage entlang der bestehenden Autobahn vor. Es gibt jedoch Widerstände in den Gemeinden Hohberg, Friesenheim und Meißenheim, wo westlich der Autobahn »neue Befindlichkeiten« entstanden sind. Die Bürgerinitiativen gehen nach Darstellung von Manfred Wahl (Bürgerinitiative Bahntrasse Offenburg) davon aus, die Zustimmung zur Bürgertrasse in allen Gemeinden bis zum nächsten Spitzengespräch in Berlin am 24. Oktober und der für Dezember geplanten ersten Landtagsdebatte über den Rheintalbahnausbau

herstellen zu können. »Die Geschlossenheit ist wichtig und nötig, um den Kampf für mehr Lärmschutz erfolgreich führen zu können«, mahnte Staatssekretär Fleischer.

Lage verbessert

Nach Einschätzung von MUT hat sich die Lage für eine bessere Planung in den zurückliegenden Monaten verbessert. Es zeichne sich eine breitere Unterstützung für die Forderungen der IG Bohr ab. Die viergleisige Rheintalbahnlinie zwischen Offenburg und Basel kostete nach Berechnungen der Bahn voraussichtlich rund 2,8 Milliarden Euro; durch die Bürgertrasse würde sich das Bauprojekt um ungefähr eine Milliarde Euro verteuern. Die Fertigstellung der Gesamtstrecke ist für 2020 geplant. Bisher wird nur der Katzenbergtunnel bei Efringen-Kirchen gebaut. Bahnchef Mehdorn bezeichnete die Rheintalstrecke als »europäische Güterschlagader zwischen Rotterdam und Genua«. Über die würden 284 Güterzüge täglich und über 100 000 Güterzüge pro Jahr rollen.

Soziale Verödung

Diese Belastungen sind nach Meinung der Bürgerinitiativen vor allem in Offenburg ohne Tunnel nicht zu ertragen. Ohne Tunnel, so Manfred Wahl, müsse die Stadt mit »sozialer Verödung« und Vernichtung von Immobilienvermögen im großen Stil rechnen. Es dürfe überhaupt kein Güterverkehr oberirdisch durch dicht besiedelte Wohngebiete rollen, verlangte Offenburgs Ordensschwester Martina von den Augustinerchorfrauen, sonst drohten eine dauerhafte Störung der Nachtruhe und der Gesundheit der Anwohner. Die Kundgebung in Freiburg hat ihrer Meinung nach mitgeholfen, die drohenden Gefahren durch »stimmige Forderungen« zu bremsen und die politische Rolle der Bürgerinitiativen zu stärken.



Offenburger Demo-Teilnehmer: Schwester Martina von den Augustinerinnen und BI-Sprecher Manfred Wahl.



Protest gegen die Bahn: Zwischen 2000 und 3000 Bürger vom Oberrhein demonstrierten auf dem Augustinerplatz in Freiburg für die Verwirklichung einer Mensch und Umwelt schonenden Bürgertrasse.

Fotos: Karl-Heinz Zurbonsen